

Die Europäische Union als Globalisierungsprojekt

1. Einleitung

Kürzlich hat Andreas Bracher einen grundlegenden Aufsatz zur Biographie von Jean Monnet, des ersten Präsidenten der Montanunion, vorgelegt¹. Diese Arbeit soll im folgenden als Anknüpfungspunkt zu weiteren Betrachtungen hinsichtlich der jüngeren Entwicklung der Europäischen Union (EU) verwendet werden. Dabei soll auch etwas näher auf die Akteure des europäischen Integrationsprozesses sowie auf deren methodische Vorgehensweise eingegangen werden. Bracher weist in seinem Aufsatz auf die exklusiven Beziehungen Monnets zu amerikanischen Elitekreisen, zu tonangebenden Politikern, hochrangigen Diplomaten, einflußreichen Bankiers hin, und er beschreibt den maßgeblichen Einfluß amerikanischer Regierungsstellen auf das Gründungsmoment der Montanunion im Jahre 1951 und die sich daraus ableitende Entwicklung. Aufgrund maßgeblicher Aussagen von Zeitzeugen über Monnet formuliert Bracher: «Monnet war wohl ein sehr fähiger politischer Abenteurer auf der Suche nach einer Aufgabe, die seinen Ehrgeiz befriedigen konnte. Diese Aufgabe hat er in der von seinen amerikanischen Freunden gewünschten europäischen Einigung gefunden, als Werkzeug einer langfristig angelegten Politik, zu deren Zielen eben offenbar auch der europäische Einheitsstaat gehört.» Bracher kommt aufgrund seiner detaillierten Untersuchungen zu dem Schluß, «daß die europäische Einigung an ihrem Ursprung und noch immer eigentlich ein amerikanisches Projekt ist.» – Zur begründeten Montanunion stellt Bracher fest: «Das neue Gebilde, die «Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl» (EGKS) war der entscheidende erste Keim der heutigen Europäischen Union. Es war von vornherein als voller Staat angelegt: mit einer Exekutivbehörde, einem Parlament und einem Gerichtshof.» – Die europäische Einigung ist dann in folgenden Etappen im Sinne eines gezielten Hinarbeitens auf einen europäischen Bundesstaat bisher weiter vollzogen worden: 1957 werden die «Europäische Wirtschaftsgemeinschaft» (EWG) und die «Europäische Atomgemeinschaft» (EAG) begründet (Römische Verträge). 1967 fusionieren die Exekutivorgane dieser drei Gemeinschaften. 1986 wird die «Einheitliche Europäische Akte» (EEA) verabschiedet, welche die Grundlage für die Verwirklichung des EG-Binnenmarktes im Jahre 1992 abgibt. 1992 wird der Vertrag von Maastricht («Vertrag über die Europäische Union») unterzeichnet, dessen Kernstück die Wirtschafts- und Währungsunion ist.

1997 wird der Vertrag von Amsterdam unterzeichnet, der die Grundlage abgeben soll für die Osterweiterung der EU.

2. Die Methode des stufenweisen Vorgehens

Um den europäischen Einigungsprozeß im angedeuteten Sinne vorantreiben zu können, hat Monnet eine bestimmte politische Methodik verwendet, die in der Folge dann auch von dem EG-Kommissionspräsidenten Jacques Delors in besonders wirkungsvoller Weise gehandhabt worden ist: Der Integrationsprozeß wird *stufenweise*, d. h. in Etappen, vollzogen. Hierdurch wird sogar für direkt daran beteiligte Politiker, insbesondere aber für die Öffentlichkeit viel schwerer ersichtlich, daß es sich bei den einzelnen, scheinbar von einander unabhängigen Integrationsschritten eigentlich um Teile eines schon vorgegebenen Programmes, gewissermaßen eines übergeordneten Gesamtkonzeptes handelt. Zudem ist zu berücksichtigen, daß den einzelnen Integrationsschritten eine inhärente Dynamik zugrundeliegt,



Die Apokalyptische Jungfrau – das katholische EU-Symbol

die die Verantwortlichen wiederum zu entsprechenden Folgeschritten zwingt («Dialektik der Notwendigkeit»²). In der Praxis spielt sich dies etwa folgendermaßen ab: Aus einer bestimmten Situation heraus wird von den politisch Verantwortlichen ein gemeinsames Integrationsziel vereinbart, das zu einem fest vorgegebenen Zeitpunkt erreicht sein muß. Durch ein derartiges Sich-Fixieren auf ein vorgegebenes Ziel, das nach kurzer Zeit gar nicht mehr hinterfragt wird, werden durch dessen Realisierung schließlich Tatsachen geschaffen, die die Gemeinschaft unweigerlich zu weiteren, «flankierenden Politiken», zu weiteren Integrationsschritten, zwingen. Entscheidend bei einem solchen, an zeitlich fest fixierte Zielvorgaben gebundenen etappenweisen Vorgehen ist, daß der Integrationsprozeß hierdurch in seiner Dynamik entsprechend flexibel gehandhabt werden kann: Dieser Prozeß läßt sich, nach Maßgabe der jeweiligen weltpolitischen Veränderungen in entsprechender Weise beschleunigen oder aber auch vorübergehend verlangsamen.

3. Fallbeispiel Europäische Währungsunion

Ein Beispiel der jüngsten Zeit für ein derartiges Hinarbeiten auf ein bestimmtes Integrationsziel mit einer ganzen Reihe von zeitlich gestaffelten Unter-Zielvorgaben ist das Projekt der «Wirtschafts- und Währungsunion» der EU. So wurde laut dem Vertrag von Maastricht 1992 «unwiderruflich» festgelegt, daß die «Gemeinschaft» in die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (Beginn der Währungsunion, endgültige Fixierung der Wechselkurse der Währungen der Teilnehmerstaaten) spätestens am 1. Januar 1999 einzutreten habe. Die Vorteile, die diese Einheitswährung für die Exportindustrie (Wegfall der Transaktionskosten) oder die Konsumenten mit sich bringen mögen, stehen jedoch in keinem realistischen Verhältnis zu den sozialen Schäden, die diese Währungsunion gesamthaft hervorrufen wird³. Der Euro wird zu größerer Transparenz bei den Preisen, zu verschärfterem Wettbewerb und damit zu wirtschaftlichem Anpassungsdruck in den Teilnehmerstaaten der Währungsunion führen, alles zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung, die dann einem zusätzlichen Druck auf die Löhne und einem zunehmenden Zwang zur Flexibilität und Mobilität ausgesetzt sein wird. Zudem wird die Währungsunion Unternehmenszusammenschlüsse in einem noch stärker vereinheitlichten europäischen Markt begünstigen. Profitieren werden von ihr daher vor allem die Aktionäre der Exportindustrie und der entsprechenden Unternehmen im Dienstleistungssektor. Wegen der unterschiedlichen wirtschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen

in den einzelnen Regionen Europas wird das Investitionskapital in einem solchermaßen einheitlichen Währungsraum bevorzugt in diejenigen Regionen fließen, die die höchste Produktivität aufweisen. Mit der Währungsunion fällt die Möglichkeit für deren Teilnehmerstaaten weg, eine auf ihre individuellen Bedürfnisse hin zugeschnittene Konjunkturpolitik, eine autonome Geld- und Währungspolitik, betreiben zu können⁴. Produktivitätsschwächere Länder werden entsprechende Wettbewerbsunterschiede nicht mehr durch Währungsabwertungen ausgleichen können. Dies wird dazu führen, daß innerhalb der EU immer stärker prosperierende Kernregionen zunehmend wirtschaftlich verarmenden Randregionen gegenüberstehen werden. Die Währungsunion wird somit gesamthaft zu einer verstärkten Vermögensumverteilung (von der lohnabhängigen Bevölkerung hin zu den Kapitalbesitzern, von den Randregionen hin zu den prosperierenden Zentren) und somit zu einer entsprechenden Zunahme der sozialen Gegensätze in Europa führen. Aufgrund dieser zu erwartenden Spannungen, die die Einführung der europäischen Einheitswährung in der nächsten Zukunft verursachen wird, wird der Druck zunehmen, in Ergänzung zur Währungsunion schließlich auch die Politische Union (mit einer gemeinsamen Sozial-, Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik) zu verwirklichen⁵.

4. Vergangenheitsimpulse

Rückblickend kann in bezug auf den europäischen Einigungsprozeß festgehalten werden, daß sich dasjenige, was «ideenmäßig» schon bei Monnet in den 50er Jahren vorhanden war – die Forderung der Liberalisierung des Kapitalverkehrs, der Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes, der Bildung einer Währungsunion oder des Aufbaus einer Verteidigungsgemeinschaft usf. – weitgehend bereits bei Richard Coudenhove-Kalergi, dem Begründer der Paneuropa-Union⁶, in den 20er und 30er Jahren ausgesprochen findet. Diese «Ideen», bzw. das dahinterstehende Gesamtkonzept der offiziellen europäischen Einigung, wurden nach dem Zweiten Weltkrieg in fein abgestimmter und abgestufter Weise – den jeweiligen weltpolitischen Veränderungen Rechnung tragend – Schritt um Schritt zur Verwirklichung gebracht. Bemerkenswert erscheint im Rückblick, daß in demselben Jahr, als Gorbatschow, der in der Folge dann als Liquidator der Sowjetunion in die Geschichte eingehen sollte, an die Macht kam (1985), innerhalb der EG Jacques Delors zum Kommissionspräsidenten ernannt wurde. In der Ära Delors wurde zum einen das Binnenmarkt-Projekt verwirklicht, zum anderen das Projekt einer gemeinsamen Währung in Angriff genommen. Bei-

de Projekte haben dem europäischen Einigungsprozeß zu einer bis dahin nicht gekannten Beschleunigung verholfen, so daß nach dem Zusammenbruch des Ostblocks die EU nun in der Lage war, sich im Verein mit der Nato nach Osten hin auszudehnen.

Es handelt sich bei der offiziellen europäischen Einigung im Sinne eines Zukunftsprojekts also nicht um einen offenen politischen Prozeß, der die Möglichkeit abgeben würde, gesellschaftspolitisch wirklich etwas Neues in Europa hervorzubringen. Es handelt sich in Wirklichkeit vielmehr um ein bloßes Herunterspulen eines schon vorgegebenen Programmes, das keine wesentlichen Änderungen mehr zuläßt. Dieses Programm beinhaltet letztlich die Installation eines autoritären europäischen Einheitsstaates in Verbindung mit der Einrichtung des Wirtschaftslebens nach dem Gesichtspunkt des grenzenlosen Freihandels. Dabei handelt es sich in grotesk übersteigerter Weise um das Realisieren von Machimpulsen, die, entwicklungsgeschichtlich betrachtet, eigentlich der Vergangenheit angehören sollten bzw. im heutigen Europa überwunden werden müßten. Die EU ist als institutionelles Gebilde heute zum eigentlichen Gegenbild und Verhinderer einer jeglichen zukunftsgerichteten europäischen Entwicklung geworden. Mit der EU verabschiedet sich Europa letztendlich von einer vernünftigen europäischen Politik.

5. Gesetzgebung im Hinterzimmer

Strukturell ist die EU durch einen grundsätzlichen Mangel an Gewaltenteilung und das Fehlen einer wirklichen demokratischen Kontrolle gekennzeichnet. Die EU-Kommission, die so etwas wie eine Exekutive darstellt, ist aufgrund ihrer Kompetenzen und ihrer besonderen Stellung innerhalb des Gefüges der EU-Institutionen der eigentliche Motor der Integrationspolitik. Sie ist daher die eigentliche Anlaufstelle für entsprechende Interessensgruppierungen. So verfügen offizielle und halboffizielle Gremien multinationaler Konzerne, etwa der ERT («European Roundtable of Industrialists»), in Brüssel dank ihrer exklusiven Beziehungen über die Möglichkeit, die offizielle europäische Integrationspolitik maßgeblich zu beeinflussen. Der ERT spielte beispielsweise in der Mitte der 80er Jahre eine entscheidende Rolle bei der Konzeption und der Einführung des EG-Binnenmarktprojektes⁷. 1987 ist das AMEU («Association for the Monetary Union of Europe») von führenden ERT-Mitgliedern begründet worden. Von diesem Gremium ist in der Folge dann das Projekt der europäischen Währungsunion lanciert und maßgeblich vorangetrieben worden. Derartige Beispiele der gezielten Einflußnahme von multinationalen Konzernleitungen auf die

offizielle europäische Integration, bzw. eines ganz offensichtlichen Hand-in-Hand-Arbeitens derjenigen Eliteteile, die an der sogenannten Globalisierung der Wirtschaft interessiert sind, mit maßgeblichen Entscheidungsträgern innerhalb der EU, ließen sich beliebig erweitern⁷. Es zeigt sich daran, daß bis auf den heutigen Tag wesentliche Vorhaben zur Forcierung der europäischen Integration (Binnenmarkt, Währungsunion) gewissermaßen von außen an die Spitzen der EU herangetragen werden. Durch ein solches Von-außen-Herantragen entsprechender Vorhaben wird der europäische Integrationsprozeß von bestimmten Elitegruppierungen in die gewünschte Richtung gelenkt. Die EU-Kommission mit ihrem maßgeblichen Einfluß auf die Entscheidungs- und Gesetzgebungsprozesse in der Union sorgt dann mit ihrem Apparat dafür, daß diese Vorhaben dann tatsächlich im Sinne der «Dialektik der Notwendigkeit» durchgezogen werden. Den nationalen Politikern fällt bei dieser Art von elitärer europäischer Integrationspolitik, die auch eine Politik der Gesetzgebung im Hinterzimmer⁸ genannt werden könnte, nur noch die Rolle des Erfüllungsgehilfen zu.

Besonders bezeichnend für eine solche demokratisch nicht mehr legitimierte, gewissermaßen von oben verordnete Politik ist das Beispiel der Währungsunion. In Deutschland hat, sage und schreibe, eine jahrelange nichtssagende Anzeigenkampagne der Regierung jegliche seriöse öffentliche Diskussion zu diesem Thema zu ersetzen vermocht. So meinte der deutsche Finanzminister Theo Waigel in einem Interview des ZDF (2. 5. 98) auf die Frage der Akzeptanz des Euro in Deutschland, alle demokratischen Parteien seien dafür. Eine solche Antwort illustriert nur allzu deutlich, daß bei tonangebenden Politikern in einem Kernstaat der EU zu diesem Thema offensichtlich jegliche Diskussion von vornherein geradezu verunmöglicht werden soll, daß hier gar nicht mehr das Verständnis dafür vorhanden ist, daß in einer demokratischen Gesellschaft der Prozeß der politischen Willensbildung von der Basis der Gesellschaft, dem Individuum, ausgehen muß oder doch zumindest von diesem mitgetragen werden sollte.

6. Die europäische Einigung als Teil des Globalisierungsprozesses

Die Zeit nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und damit des Endes der Ost-West-Konfrontation ist gekennzeichnet durch den rasant voranschreitenden Globalisierungsprozeß, durch welchen aufgrund des gezielten Abbaues staatlicher Schranken und Normen Standorte und Arbeitnehmer in einen «globalen» Konkurrenzkampf miteinander gebracht werden. Im Zu-

sammenhang mit dem seit Mitte der 80er Jahre stark beschleunigten europäischen Integrationsprozeß zeigt sich, daß die europäische Einigung als ein eigentlicher Bestandteil der Globalisierung bzw. der dahinterstehenden machtpolitischen Strategie betrachtet werden muß. Es wurden nämlich im Rahmen des EG-Binnenmarkt-Programmes, etwa im Zusammenhang mit der damit verbundenen Liberalisierung des Kapitalverkehrs in Irland, Frankreich und den südeuropäischen Ländern, erst wesentliche Voraussetzungen geschaffen, daß die Globalisierung innerhalb Westeuropas überhaupt zur Wirkung kommen konnte⁹. Diejenigen Eliten, die etwa aus dem ERT und seinen Tochterorganisationen den offiziellen europäischen Einigungsprozeß von außen zu steuern wissen, vertreten innerhalb des europäischen Kontinents nichts anderes als dasjenige, was in dem Bestreben derjenigen anglo-amerikanischen Eliten liegt, den Welthandel insbesondere durch den GATT-Prozeß dahingehend zu liberalisieren, daß die politischen Handlungsmöglichkeiten der einzelnen Staaten gegenüber der Vorherrschaft der internationalen Finanzwelt mehr und mehr ausgehöhlt werden. In einer grundlegenden Arbeit zur Frage des Verhältnisses der EU zum Globalisierungsprozeß kommt Patrick Ziltener zu dem Schluß⁹, «... daß die Globalisierung in ihrer heutigen Gestalt ohne die europäische Integration schwerlich möglich gewesen wäre. Eine Reihe von politischen Maßnahmen, die zu ihrer rasanten Entwicklung führte, machte sie in einigen westeuropäischen Ländern erst politisch durchsetzungsfähig». Neben der europäischen Integration hat der GATT-Prozeß, aus dem dann 1995 die WTO («World Trade Organization») hervorgegangen ist, entscheidend zur weltweiten Durchsetzung des Globalisierungsprozesses beigetragen. Trotz der wohl eher für die breitere Öffentlichkeit bestimmten einzelnen äußerlichen Streitigkeiten hatte das weitgehende Hand-in-Hand Arbeiten zwischen den USA und der EU de facto dazu geführt, daß die GATT-Verhandlungen schließlich auf den von den USA festgesetzten Termin (Dezember 1993) hin abgeschlossen werden konnten. Anhand dieser engen Abstimmung der Politik der EU mit derjenigen der USA kann deutlich werden, wie sehr nach wie vor die europäische Einigung als ein integrierender Bestandteil der offiziellen amerikanischen Politik bzw. der hinter dieser Politik wirksamen langfristig angelegten Strategie angesehen werden muß.

7. Die Schwierigkeiten des Neuen, sich gegenüber dem Alten durchzusetzen

Die offizielle europäische Einigung ist von Anfang an aus machtpolitischen Gesichtspunkten heraus konzi-

piert und stufenweise bis zur gegenwärtigen EU verwirklicht worden. Vor diesem historischen Hintergrund sowie aufgrund ihres gegenwärtigen strukturellen Erscheinungsbildes stellt die EU ein Gegenbild zu demjenigen dar, was in Europa als gesellschaftliche Erneuerung in der nächsten Zukunft angestrebt werden müßte. Eine solche Erneuerung müßte für den Bereich des Rechtsstaates den Primat der Politik sicherstellen und die Wirtschaft wiederum auf ihre eigentlichen, den Menschen und der Gesellschaft dienenden Aufgaben verweisen. Dies würde letztlich bedingen, eine Weltwirtschaft anzustreben, die in verstärktem Maße auf Kooperation und wahre Bedürfnisbefriedigung statt auf Verdrängungswettbewerb und übersteigertes Gewinnstreben zugunsten der Kapitalgeber ausgerichtet wäre. Eine vordringliche Aufgabe wäre dabei zum Beispiel, statt mit einer Europäischen Währungsunion das genaue Gegenteil anzustreben, die Geldordnung dahingehend zu ändern, daß übermäßige leistungslose Bezüge aus Zinsen und durch Spekulation und die dadurch bedingte Umverteilung in der Zukunft verunmöglicht würden. Das eigentlich Neue hat es gegenüber dem völlig überholten Alten, das nun in Form der EU immer mächtiger und bestimmender in Erscheinung tritt, naturgemäß viel schwerer, sich überhaupt zu artikulieren, weil es noch ideenmäßig erarbeitet werden muß und seine eigenen Realisierungs-Wege gegen die Widerstände der Zeit zu finden hat.

Andreas Flörsheimer, Möhlin

- 1 «Jean Monnet – Vater eines vereinten Europas», *Der Europäer*, 1998, Nr. 4, S. 3ff., Nr. 5, S. 3ff.
- 2 Pascal Fontaine: «Jean Monnet – ein Visionär Europas», Sonderheft der Schriftenreihe *Europäische Dokumentation*, Hrsg.: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg 1988, S. 29ff.
- 3 Siehe hierzu auch *Europa-Magazin*, Nr. 2, 1996, mit dem Schwerpunktsthema «Die sozialen Folgen der Währungsunion» (Hrsg.: Forum für direkte Demokratie, Postfach 8048 Zürich).
- 4 Martin Feldstein weist im Zusammenhang mit der Einführung der Europäischen Währungsunion auch darauf hin, daß durch den Verlust einer autonomen Geld- und Währungspolitik und der damit verbundenen Mechanismen (Zinssenkungen, Währungsabwertungen) die Möglichkeit innerhalb der einzelnen Teilnehmerstaaten der Währungsunion dahinfällt, konjunkturelle Schwankungen entsprechend abfedern zu können: «Die Arbeitslosigkeit wird steigen, weil automatische Reaktionen über Zinsen und Wechselkurse, welche zyklische Schwankungen der Beschäftigung in den einzelnen Ländern begrenzen, nicht mehr funktionieren» («Der Euro als neue Konfliktquelle», *Finanz und Wirtschaft*, 11. März 1998).